

# PR

# INFO

**Personalrat der nichtwissenschaftlich  
Beschäftigten der Bergischen Universität  
Wuppertal**

Sonderinfo 01/Januar 2006

Unsere Themen:

Auswertung Umfrage „Betriebsausflug“	Seite 2
Auswertung Umfrage „Gleitende Arbeitszeit“	Seite 3
Personalversammlung 14.12.2005	Seite 3-5
Informationen/Aktuelles	Seite 6-7

**Kontakt**

Bergische Universität Wuppertal  
Personalrat der nichtwissenschaftlich Beschäftigten  
Gaußstr. 20  
42097 Wuppertal  
Gebäude 5-10, Räume 10, 11 und 12  
Tel. 0202/439-2275  
Fax 0202/439-3763  
<http://www.verwaltung.uni-wuppertal.de/prnw/>

## Auswertung Umfrage „Betriebsausflug“



In der letzten Septemberwoche 2005 haben alle

nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen unsere Fragebögen zum Thema „Betriebsausflug - ja oder nein“ erhalten.

An der Umfrage haben sich von 679 angeschriebenen MitarbeiterInnen 311 beteiligt.

Hier das Umfrageergebnis:

ORGA-Einheit		Ja	Nein
Dezernat	1	8	14
	2	6	5
	3	2	11
	4	7	10
	5	6	27
	6	1	4
Fachbereich	A	3	8
	B	4	9
	C	11	29
	D	20	27
	E	8	7
	F	5	12
	G	4	3
Bibliothek		11	25
ZIM		3	5
Ohne Angabe der Orga-Einheit		9	7
<b>Gesamt</b>		<b>108</b>	<b>203</b>

Das Ergebnis ist eindeutig:

Fast doppelt so viele der befragten MitarbeiterInnen sprechen sich **gegen** einen **Betriebsausflug** aus.

Deshalb bleibt es für 2006 zunächst einmal bei der alten Regelung:

**Anstelle des Betriebsausfluges ist der Rosenmontag 2006 arbeitsfrei!**

Aus den Anmerkungen in den Fragebögen ist aber auch deutlich geworden, dass durchaus ein Interesse an Alternativen zu einem Betriebsausflug besteht. Ideen aus dem MitarbeiterInnen-Kreis für kommunikatives Zusammensein unter KollegInnen wie

- Betriebsfest
- After-Work-„Party“
- Mittagstammtisch

sollten nicht unbeachtet bleiben.

Unser Vorschlag:

Bildung eines Fest-Ausschusses, in dem solche Ideen diskutiert und womöglich in die Tat umgesetzt werden.

Bitte melden Sie sich bei uns, wenn Sie an der Mitarbeit in einer solchen Arbeitsgruppe interessiert sind und auch, wenn Sie weitere Ideen zum Thema haben. (Durchwahl 2282/E-Mail-Adresse: leukel@uni-wuppertal.de)

## Auswertung Umfrage „Gleitende Arbeitszeit“

201 von 372 befragten MitarbeiterInnen haben sich an der Umfrage zur gleitenden Arbeitszeit beteiligt.

Von diesen 201 MitarbeiterInnen sprachen sich insgesamt 124 **gegen** die Einführung der GLAZ aus - also etwas mehr als die Hälfte.



Die Auswertung (siehe angefügte Tabelle, aus Datenschutzgründen haben wir auf die Darstellung einer weitergehenden Aufschlüsselung verzichtet) der Stimmabgaben ergibt in einigen Fachgebieten jedoch auch überzählige Ja-Stimmen für die GLAZ.

ORGA-Einheit	Ja	Nein
Fachbereich <b>A</b>	7	6
<b>B</b>	3	6
<b>C</b>	17	42
<b>D</b>	20	27
<b>E</b>	9	25
<b>F</b>	5	14
<b>G</b>	5	2
ZIM	5	1
Beurlaubte	3	0
Diverse	3	1
<b>Gesamt</b>	<b>77</b>	<b>124</b>

Auch aus Ihren Anmerkungen auf den Umfragebögen war eindeutig zu erkennen, dass viele

MitarbeiterInnen aus Fachbereichen, die sich insgesamt gegen die GLAZ ausgesprochen haben, ein starkes persönliches Einzelinteresse an der GLAZ haben.

Wir werden in Zusammenarbeit mit der Dienststelle nach Lösungen suchen, die die unterschiedlichen Interessen so weit wie möglich berücksichtigen - dies könnte die Einführung der GLAZ in kleinen Bereichen als Pilotprojekt, aber auch die Einführung von individuellen Gleitzeitkonten sein.

## Personalversammlung am 14.12.2005

Vielen Dank für die zahlreiche Teilnahme an unserer Personalversammlung so kurz vor Weihnachten. Ca. 170

MitarbeiterInnen haben sich in den Hörsaal 12 aufgemacht.



Im Rahmen der Veranstaltung haben wir aus Sorge um die Zukunft der Beschäftigten an den Hochschulen in NRW folgende Resolution zur **Änderung der Rechtsform der Universitäten** verabschiedet:

**BERGISCHE UNIVERSITÄT  
WUPPERTAL**

GAUSS-STRASSE 20  
42097 WUPPERTAL  
(Korrespondenzanschrift)  
42119 WUPPERTAL  
(Lieferanschrift)  
TELEX 8592262 buw  
TELEFAX(0202) 439-2901  
TELEFON (0202) 439-1



*Der Personalrat  
der nichtwissenschaftlich  
Beschäftigten*

*Die Vorsitzende*

Bergische Universität Wuppertal,  
Der Personalrat, Gaußstraße 20, 42097 Wuppertal

An den  
Ministerpräsidenten des Landes NRW  
Herrn Dr. Jürgen Rüttgers  
Postfach 10 11 43

40002 Düsseldorf

<b>DATUM</b>	14.12.05
<b>GESPRÄCHSPARTNER</b>	Unterzeichnerin
<b>AKTENZEICHEN</b>	PR-
<b>DURCHWAHL</b>	439 - 2251
<b>TELEFAX</b>	439 - 3763
<b>GEBÄUDE</b>	S
<b>EBENE</b>	10
<b>RAUM</b>	12
<b>E-MAIL</b>	schiffge@uni-wuppertal.de

## **Resolution der nichtwissenschaftlich Beschäftigten der Bergischen Universität Wuppertal**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die nichtwissenschaftlich Beschäftigten der Bergischen Universität Wuppertal wenden sich heute mit einem dringlichen Anliegen an Sie.

Aufgrund des Koalitionsvertrages der neuen Landesregierung sind wir in großer Sorge um unsere Arbeitsplätze. Zur Erläuterung möchten wir zunächst zitieren:

*„Wir geben den Hochschulen mehr Freiheit und Autonomie. Wir übertragen ihnen im Rahmen eines Hochschulfreiheitsgesetzes Kompetenzen und Verantwortung auch für Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen. Dabei bleiben Hochschulen Körperschaften des öffentlichen Rechts mit dem Recht auf Selbstverwaltung. Sie werden jedoch keine staatlichen Anstalten mehr sein.....  
Hochschulen sollen mittelfristig volle Dienstherrenfähigkeit erhalten.“*

Für die Beschäftigten an den Hochschulen in NRW würde dies bedeuten, dass sie sich zukünftig nicht mehr im Landesdienst befänden, sondern Beschäftigte ihrer jeweiligen Hochschule wären. Die Konsequenzen einer solchen Rechtsformänderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind an den Universitätsklinika deutlich erkennbar und stimmen uns nicht hoffnungsfroh. Vielmehr würde auch angesichts der zurzeit völlig unklaren Tarifsituation für die Landesbediensteten die Gefahr für unsere Arbeitsplätze noch größer.

Als nichtwissenschaftlich Beschäftigte ist unser Anteil an Forschung und Lehre unverzichtbar. Wir sind selbstverständlich bereit unseren Beitrag am Modernisierungsprozess der Hochschulen engagiert zu leisten. Jedoch ist Ihre Absicht der weitgehenden Verselbstständigung der Hochschulen kontraproduktiv.

Deshalb fordern die nichtwissenschaftlich Beschäftigten der Bergischen Universität Wuppertal Sie nachhaltig auf, von Ihrem Vorhaben, den Hochschulen die volle Dienstherrnenfähigkeit zu übertragen, Abstand zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Beschäftigten

- Schiffgen -

Die Resolution haben wir am 16.12.05 an den Hauptpersonalrat weitergeleitet.

Eine Veröffentlichung des ver.di -  
Landesbezirks NRW, Fachbereich  
Bildung, Wissenschaft und  
Forschung, Karlstr.123-127, 40210  
Düsseldorf. Presserechtlich  
verantwortlich: Uwe Meyeringh, Tel.:  
0211/61824-305, E-Mail:  
uwe.meyeringh@verdi.de



Düsseldorf, den 14.12.05

Information für die Beschäftigten der  
nordrhein-westfälischen Hochschulen

## **Pläne der Landesregierung sind ungerecht!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Entsetzen müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die neue Landesregierung von ihren Zusagen im Koalitionsvertrag in einem weiteren Punkt verabschiedet. Zuerst durften die BaföG-Empfängerinnen und -empfänger die Erfahrung machen, dass die Halbwertzeit von Zusagen aus der Politik immer kürzer wird. Trotz der Vereinbarung, sie von den Studienbeiträgen zu befreien, hat die CDU/FDP-Landesregierung mit ihrem Regierungsentwurf des „Gesetzes zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen“ Gegenteiliges festgeschrieben. Allein der Name dieses Gesetzentwurfes spricht für sich und lässt ruhige Gemüter heiß werden. Das ist aber noch lange nicht alles.

Am 10. Dezember 2005 war der Presse Folgendes zu entnehmen (hier die wichtigsten Ausschnitte):

Die Landesregierung hat ein umfangreiches Sparpaket von 1,26 Milliarden Euro mit vielen Einschnitten für Landesbedienstete und andere Bürger beschlossen. „Das werden alle merken, deshalb ist es gerecht“, sagte NRW-Finanzminister Helmut Linssen. ... Nach dem Sparpaket erhalten die Beamten 2006 keine Gehaltserhöhung, ihr Weihnachtsgeld wird auf 30% mehr als halbiert. Alle Angestellten sollen länger fürs gleiche Geld arbeiten wie derzeit schon die Beamten 41 Stunden. ...

Deshalb will die Regierung die 344 000 Stellen im öffentlichen Dienst bis 2010 um mindestens 10 080 verringern, davon 2520 bereits in 2006. Dabei wird auch in Verwaltungsbereichen der Polizei, Justiz, Finanzen, Schule und Hochschule gespart – entgegen den Zusagen im Koalitionsvertrag von FDP und CDU.

Es ist schon eine äußerst eigenwillige Vorstellung von Gerechtigkeit, wenn sie allein damit begründet wird, dass alle unter den Einschnitten zu leiden haben. Es mutet schon mehr als merkwürdig an und macht mit Verlaub gesagt sehr wütend, wenn bei den Beamtinnen und Beamten Fakten bezüglich der Arbeitszeit, der Weihnachts- und Urlaubszuwendungen geschaffen werden, die dann mit dem Argument, man müsse Gerechtigkeit walten lassen, auf alle anderen übertragen werden sollen. Den ungerechtfertigten Ruf des öffentlichen Dienstes in der Bevölkerung zu nutzen, um die Beschäftigten weiter zu melken wie eine Kuh, ihr aber kein Futter mehr zu geben, scheint die Landesregierung wohl auch noch gerecht zu finden.

**ver.di hält dies für absolut inakzeptabel und fordert die Landesregierung auf, damit endlich Schluss zu machen!!**

Die erneute Ankündigung der Arbeitszeiterhöhung belastet darüber hinaus die zur Zeit stattfindenden Gespräche zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) erheblich. ver.di versucht mit aller Kraft die Übernahme der Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) durch die Länder zu erreichen. Wissenschaftsspezifische Regelungen sind auch Bestandteil der Gespräche. Wir votieren für diese Regelung, weil die Alternative ein eigenständiger Wissenschaftstarifvertrag wäre, der nach dem Wunsch der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) neben zahlreichen anderen Grausamkeiten natürlich betriebsbedingte Kündigungen erleichtern soll. Zu einem Zeitpunkt, zu dem die Gespräche zwischen TdL und ver.di konstruktiv laufen, kommt das Land NRW just punktgenau mit dem Reizthema Arbeitszeit in die Medien. Solche Vorgehensweisen erhöhen das Risiko des Zerfalls der TdL und damit des völligen Abbaus von tarifvertraglichen Rechten.

### **Dazu dürfen wir nicht schweigen!!!**

Wir sollen als Beschäftigte die Veränderungsprozesse an den Hochschulen qualifiziert stemmen und dabei akzeptieren, mit deutlich schwindender Chance auf berufliches Weiterkommen immer länger, immer mehr, für deutlich weniger Geld und, wenn es nach den Arbeitgebern geht, am Besten ohne Rechte zu arbeiten. Die Errungenschaften für die arbeitenden Menschen, die unsere Eltern und Großeltern erkämpft haben, sind in absehbarer

Zeit das Papier nicht mehr wert, auf dem sie stehen bzw. werden nirgendwo mehr stehen, weil sie durch die Politik abgeschafft worden sind.

**Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen!! Das geht nur gemeinsam. Kämpfen Sie mit uns für die Übernahme des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst ohne wenn und aber und damit für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes.**

Mit kollegialen Grüßen

gez.  
Werner Schwarz  
Landesfachbereichsvorsitzender

gez.  
Gabi Schulte  
Fachgruppe Hochschulen

gez.  
Klaus Böhme  
HPR-Vorsitzender

